

Die Dimensionen der Finanzmarktkrise im April 2008

Wie die Eliten aus Wirtschaft und Politik der Krise Herr werden wollen und welche Erfolgsaussichten ihre Bemühungen haben können angesichts der wirklichen Entstehungsgründe.

Von Andres Müller

Die Schäden der Krise werden krampfhaft kleingeredet

Die einfachen Menschen nehmen die Krise gar nicht wahr. Andere mögen es gar nicht glauben, was da seit geraumer Zeit abläuft. Sie haben immer weniger zu knabbern, aber es gibt da eine Schicht, denen geht es (materiell) immer besser. Und sie, die Deppen, müssen immer mehr arbeiten und verdienen dabei real gesehen danach doch weniger als zuvor. Und sie dürfen überhaupt noch froh sein, wenn sie einen Arbeitsplatz bekommen. Da kann doch etwas nicht stimmen. Dieses anschwellende Gefühl der anhaltenden Übervorteilung bei der Mehrheit der Deutschen trifft die Eliten aus der Finanzwelt ins Mark. Jahrelang haben sie zum Zweck der eigenen Vorteilsnahme gerafft. Jetzt sind sie in Verruf gekommen. Haben sie den Bogen überspannt? Natürlich schicken sie ihre Bataillone vor, um den Angriff zu parieren. Sie haben viele. Alle sind gut bezahlt. Sie sehen sich selbst als Experten. Sie müssen nicht im einzelnen mit Namen benannt werden.

Es genügt, wenn ihre scheinbar so sachlichen Argumente widerlegt werden. Und das soll die nachfolgende kritische Analyse der bislang veröffentlichten Darlegungen tun:

Die Weltfinanzkrise, die als Finanzmarktkrise Ende Juli 2007 ihren Lauf begann, hat neben den Milliardenverlusten¹ für das Internationale Finanzkapital noch eine weitere unangenehme Folge: Aus manchen Kreisen der Politik wurde die Forderung nach einer strengeren Kontrolle der Banken durch die staatlichen Aufsichtsbehörden erhoben. Dem versucht man jetzt vorzubeugen. Die sogenannten Finanzexperten der globalkapitalistischen Welt stecken die Köpfe zusammen und beraten, wie man diesen drohenden Machtverlust verhindern und die Weltfinanzkrise [eindämmen](#) könne und welche Lehren für die Zukunft zu ziehen seien. Die Erkenntnisse aus zwei der bedeutendsten Gremien der Finanzwelt sollen hier wiedergegeben und natürlich kritisch analysiert werden.

Das Institute of International Finance (IIF)

Die internationale Bankenvereinigung IIF, deren Vorsitzender der Deutsche Bank Chef Josef Ackermann ist, fordert einen [Verhaltenskodex](#) der weitere Kreditkrisen globalen Ausmaßes verhindern und Vertrauen zurückgewinnen soll. Die Einhaltung des Kodex soll durch den IIF in einem jährlichen Bericht überprüft werden.

Ackermann: „Wir brauchen keine stärkere staatliche Regulierung, da wir selbst mit den Herausforderungen fertig werden“, das Vertrauen könne letztlich nur wieder hergestellt werden, wenn die Branche die Probleme selbst angehe“. Gerade einmal 14 Tage vorher hatte er noch ganz anders gesprochen. Da hatte er gesagt: „in der Finanzkrise funktionierten die Selbstheilungskräfte des Marktes nicht mehr, und die Banken seien auf die Hilfe der Notenbanken und Regierungen angewiesen“².

¹ Der IWF schätzte sie auf 1000 Mrd. Dollar.

² Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19.03.2008 Seite 1.

Die IIF verlangte weiterhin, daß eine Marktüberwachungsgruppe aus bis zu 20 renommierten Experten und Managern eingerichtet werden solle, um die Branche rechtzeitig auf tatsächliche und potentielle Gefahren und Marktentwicklungen hinzuweisen. Womit das Institut einräumt, daß die Banken mit ihren hochbezahlten Experten nicht in der Lage waren, die Gefahren aus der exzessiven Geldmengenvermehrung zu erkennen. Aber wieso sollen das künftig 20 renommierte externe Experten erkennen, hatte doch vor Krise kein einziger die heraufkommende Gefahr gesehen?

Auch solle ein Dialog mit Investoren, Prüfern, Ratingagenturen und Analysten über Nachteile der bilanziellen Bewertungsvorschriften begonnen werden. Die neuen IFRS - Bilanzstandards fordern nämlich eine zeitnahe Bewertung der Vermögenswerte zu Marktpreisen. Und genau dadurch waren die Finanzunternehmen gezwungen, ihre Vermögensposten auf den momentanen Marktwert abzuschreiben, was bei allen Beteiligten einen Domino-Effekt auslöste, denn schließlich hatte ja jeder von jedem irgendwelche Wertpapiere in der Bilanz.

Weiterhin sehen die Banken auch Änderungsbedarf bei den Vergütungs- und Anreizsystemen von Investmentbankern und Managern. Diese sollten sich mehr an langfristigen Zielen der Firmen orientieren, um Fehlanreize zu vermeiden.

Die Meinung des IWF

Der [IWF](#) befürchtet als Folge der Kreditmarktkrise weltweit Verluste von nahezu einer Billion Dollar. Die Banken weltweit haben bislang bereits mehr als 200 Milliarden Dollar abgeschrieben.

Was die Ursache der Krise angeht, so ist er der Meinung, daß nicht die Verbriefung von Forderungen in die Krise geführt habe, sondern eine Kombination aus zu laxen Standards in der Vergabe von Hypothekendarlehen, insbesondere an Schuldner mit schlechter Bonität, sowie die Bündelung der Wertpapiere zu sehr komplizierten und kaum zu durchschauenden Finanzprodukten.

Zur Krisenbekämpfung rät der IWF den Zentralbanken in USA, England und im Euro-Raum, durch gezielte Liquiditätsspritzen die Marktturbulenzen zu verringern und die Stabilität des Finanzsystems zu sichern.

Für die künftige Gestaltung der Finanzmärkte fordert der IWF, daß die Finanzaufsicht, insbesondere in USA neu geordnet werden müsse. Doch es dürfe nicht überstürzt gehandelt werden, um die Innovationskraft der Finanzmärkte nicht zu beeinträchtigen.

Einer schärferen Aufsicht bedarf es über jene Banken und anderer Finanzinstitute, die Hypothekendarlehen vergeben. Sie sollten künftig immer ein gewisses Risiko der vergebenen Kredite tragen und nicht ihre Forderungen sämtlich an andere Marktakteure verkaufen.

Faßt man die Verlautbarungen beider Institutionen zusammen, so ergibt sich die ernüchternde Feststellung: Die eigentlichen Ursachen der Krise werden nicht genannt, bzw. sogar geleugnet, wie z.B. die Verbriefung und mehrfacher Weiterverkauf von Forderungen und der neurotische Zwang zur permanenten Renditesteigerung (Gesetz des Wettbewerbs der Renditen)³. Die momentane Krise des Finanzsystems muß durch ständig neue Geldinfusionen von Seiten der Notenbanken überwunden werden. Und für

³ Vgl. im einzelnen zur Funktionsweise dieses Gesetzes z.B. Hermann Patzak, Die Wege der ökonomischen Exploitation, Seite, 7 f, in www.hpatzak.de/Grundlagen.

die Zukunft wollen die einen eine schärfere Kontrolle der Banken, während den anderen schon eine Verpflichtung auf einen freiwilligen Verhaltenskodex genügen soll.

Man kann es auch in einem Satz formulieren: Sie wollen ihre Macht nicht verlieren und ihre hohen Renditen, die zu Lasten der arbeitenden Menschen in allen Völkern gehen, und die nicht durch Leistung gerechtfertigt sind, sondern auf Spekulation und Übervorteilung beruhen, nicht aufgeben.

Dieser einzig an den eigenen persönlichen Vorteilen ausgerichteten Expertise der Experten sei deshalb eine Sachanalyse gegenübergestellt, bei der die Entsehungursachen der Krise kurz aufzeigt und die Folgen, wenn diese Ursachen nicht beseitigt werden.

Die wirklichen Entstehungsgründe und die notwendigen Konsequenzen

Die Rolle des Gewinnstrebens

Das Gewinnstreben ist für wirtschaftliches Handeln in einer Marktwirtschaft konstitutiv, allerdings muß der verantwortlichen staatlichen und somit politischen Kontrolle unterliegen.

Die Erfolgsprämien

Im Finanzsektor muß das Gewinnstreben anders als bisher eingebunden werden. Dort erhielten die in den Banken angestellten Händler und die Manager der Hedgefonds und Beteiligungsunternehmen hohe Erfolgsbeteiligungen. Deshalb gingen sie gern risikoreiche Geschäfte ein, am Verlust waren sie nämlich nicht beteiligt. Das müsse sich ändern. Sie müßten auch an den Verlusten mit ihrem Einkommen und ihrem Privatvermögen beteiligt werden. Dann würden sie nicht mehr so leichtfertig die risikoreichen Kredithebelwirkungsgeschäfte eingehen, die ein signifikantes Merkmal dieser Finanzmarktkrise waren. Oder man läßt weder Erfolgs- noch Verlustbeteiligung zu.

Die Ausweitung der Geld- und Kreditmenge

Eine weitere Ursache der akuten Krise war, das Übermaß an Krediten, die in den vergangenen Jahren vergeben wurden. Verantwortlich dafür sind die unverantwortliche Staatsverschuldung zur Bezahlung der US - Imperialkriege, die Renditegier der Geschäftsbanken, die staatliche Bankenaufsicht und die Notenbanken. Ganz konkrete und gravierende Fehler waren dabei:

Ausgliederung der Geld- und Kreditschöpfung in Zweckgesellschaften

Die Banken konnten sogar zum Zwecke der innovative Kreditschöpfung, was einer Geldmengenvermehrung gleichkommt, in gesonderte Tochtergesellschaften ausgliedern. Sie erhielten den schönen Namen Zweckgesellschaften, weil sie den Zweck hatten, hohe Renditen bei geringem Eigenkapital – sprich Haftungskapitaleinsatz zu erzielen.

Bündelung von Krediten in Wertpapieren und Weiterverkauf

Die Banken konnten die von ihnen gewährten Kredite an andere Banken weiterverkaufen, oder sie verbriefen, d.h. zu Wertpapieren bündeln und dann weiter verkaufen. Danach hatten sie wieder Geld, um weitere Kredite zu vergeben. Und die von ihnen weiterverkauften Wertpapierbündel fanden reißenden Absatz bei den Banken, die sich auf das Fristentransaktionsgeschäft spezialisiert hatten. Die bezahlten ihre Aufkäufe mit dem Geld, das sie aus der Herausgabe kurzfristiger Wertpapiere erhielten und schlugen aus der Zinsdifferenz riesige Renditen.

Generierung von Spekulationspapieren: Derivate, Zertifikate

Die Banken brachten ständig neue Spekulationspapiere heraus, sogenannte Derivate, mit denen sie die Anleger dazu verführten, durch Wettgeschäfte (Rohstoffpreise, Aktienkurse, Währungskurse) riesige Gewinne einzuscheffeln, aber auch immense Verluste zu machen. Bear Stearns, die aufgelöste US-Investmentbank soll Derivate in Höhe von 13.000 Mrd. Dollar aufgelegt haben, bei einem Börsenwert (am 01.07.2007, also vor Ausbruch der Krise) von 15,1⁴ Mrd. Dollar, das ist also das 860fache!

Alle Wertpapiere die zum Zweck der Spekulation geschaffen wurden, sind gesetzlich zu verbieten.

Die Lehren aus den Fehlentwicklungen

Der Staat muß die Auswüchse der privaten Kreditvermehrung verhindern. Das ist völlig klar. Doch wie sich das die Experten vorstellen⁵, wird das nicht funktionieren. Der weitestgehende Vorschlag verlangt, daß die Kreditgeber Geschäfte, die den „Kredithebel“ vergrößern, künftig progressiv mit mehr Eigenkapital unterlegen müssen. Den Kredithebel vergrößert man z.B. dadurch, daß man viele Einzelkredite (z.B. Hypothekenkredite) zu Wertpapieren bündelt und diese dann weiterverkauft. Nach diesem Weiterverkauf verfügt die Bank wieder über freie Finanzmittel, aus denen sie neue Kredite vergeben kann.

Bei dieser Regelung ergäbe sich die Frage, woran die Aufsichtsbehörde merkt, ob die vorhandenen Finanzmittel einer Bank originär sind oder aus einem Wertpapierweiterverkauf stammen, für die eine höhere Eigenkapitalquote festzulegen wäre? Auch müßten sich dann die Experten streiten, wie stark die Progression sein sollte. Weiterhin müßte die Progression international, für die Banken aller Länder der Welt festgelegt und die Einhaltung kontrolliert werden können. Das ginge nicht ohne eine Weltregierung, das schaffte nicht einmal die Hegemonialmacht USA. Im Gegenteil, gerade diese Weltmacht würde sich nicht durch internationale Regularien knebeln lassen, wie die hartnäckige Weigerung, das Kioto-Protokoll zu unterzeichnen beweist.

Es zeigt sich also, daß die „progressive Hinterlegung mit Eigenkapital nicht praktikabel ist. Es gibt keinen anderen Ausweg, als das Geschäft des Kreditweiterverkaufs über Wertpapierbündelung zu verbieten, genauso wie die Spekulationstechniken im Derivate- und Zertifikathandel. Sie verringern die Risiken nicht, in dem sie diese auf der ganzen Welt verteilen, sie verstecken sie nur und können auf diese Weise die gesamte Finanzwelt infizieren, wie die Finanzmarktkrise bewiesen hat. Solche Geschäfte bringen einer Volkswirtschaft nicht nur nichts, sie schädigen sie – spätestens durch die von ihnen ausgelösten Krisen. Sie haben nur einen Zweck, sie dienen der Bereicherung von Finanzanlegern, ohne eine reale wirtschaftliche Gegenleistung erbringen zu müssen.

Die US-Notenbank hat durch ihre Niedrigzinspolitik den Anreiz für die Konsumenten geschaffen, sich zu verschulden. Das war eine sehr schlimme volkspädagogische Erziehungsmaßnahme. Die US-Bürger wurden angehalten, mehr auszugeben, als sie verdienten. Ökonomisch-technisch konnte das Werk nur gelingen, weil die US-Notenbank über Niedrigzinsen die Geldmengenvermehrung einleitete und die Geschäftsbanken die rechtlichen Möglichkeiten der unendlichen Kreditverbriefung hatten. Gestützt und verstärkt wurde diese „wunderbare Geldvermehrung“ durch

⁴ Der Spiegel, Nr. 15, vom 7.04.08, Seite 76.

⁵ Benedikt Fehr in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 09.04.2008 Seite 11.

immerwährenden Kapitalimporte aus den Exportüberschußländern, in denen die Verfügungsberechtigten über das Finanzvermögen nichts eiligeres zu tun hatten, als die Finanzmittel in den USA anzulegen. Natürlich war auch ihr Motiv das der privategoistischen Renditesteigerung.

Im Ergebnis wurden durch diese Politik in den USA einerseits die Konsumenten zur Konsumgier angehalten, damit auf der anderen Seite die Unternehmer und Spekulanten ihrer Gewinn gier frönen konnten! Das sind bei Lichte besehen die obersten Werte der sogenannten Westlichen Wertegemeinschaft. Im Nebeneffekt wurde auf diese Weise aus den Exportüberschußländern so viel Geld in die USA gekarrt, daß sie ihre „Kolonialkriege“ mittels Schuldenfinanzierung bezahlen konnte, ohne dafür durch eine sofortige Abwertung volkswirtschaftlich abgestraft zu werden. Im Gegenteil, der völlig überbewertete Dollar und das an ihm anhängende englische Pfund befähigte das in New York und London ansässige internationale Finanzkapital in der ganzen Welt Raubkäufe an Produktivvermögen, Rohstoffvorkommen und Immobilien zu tätigen, mit Währungen, die schon lange nicht mehr den Wert besaßen, der auf den Geldscheinen aufgedruckt ist.

Der Weg in die ökonomische Krise wurde vom Aufsichtspersonal in den Finanzbehörden und Notenbanken und auch von den zahllosen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten nicht erkannt, weil sich die aus der Geldvermehrung resultierenden Preissteigerungen auf Vermögenswerte, vornehmlich Immobilien, beschränkte und weil man die Inflation immer nur an der Entwicklung der Lebenshaltungskosten maß, und die waren ja nur moderat gestiegen. Der Preisentwicklung bei den Vermögens-, den Immobilien- und den Unternehmungswerten glaubte man keine besondere Beachtung schenken zu müssen.

Doch jetzt sind die Preise dort eingebrochen und haben die Krise ausgelöst. Die „Bestie Inflation“ ist gleichsam aus dem Käfig ausgebrochen und die Preise auf den Rohstoff- und Lebensmittelmärkten explodieren. Das unter staatlicher Duldung und Regie durch die innovativen Techniken der Geld- und Kreditvermehrung geschaffene Spekulationskapital hat sich neue Betätigungsfelder gesucht. Die Schäden, die es jetzt anrichtet, werden nicht geringer sein als die bisherigen. Im Gegenteil es wird nicht bei den nominalen Milliardenverlusten bleiben. Die weltweit aufziehenden realen Einkommens- und Wohlstandsminderungen werden nicht ohne politische Folgen bleiben. Eine Verschiebung der politischen und ökonomischen Machtstrukturen werden die Eliten der imperialen Macht nicht mehr verhindern können.

Politik und Finanzmacht sind im Globalkapitalismus ineinander so sehr verwoben und voneinander abhängig, daß dieses System die fortschreitende Krise nicht mehr unter Kontrolle bekommen kann. Müßte doch die Politik dem Finanzkapital engere Grenzen abstecken. Doch den Rat, wie man die Krise zu lösen habe, holt sich die Politik ausgerechnet bei jenen, die in den Jahren zuvor die größten Nutznießer der Entwicklung waren, den „Experten aus der Wirtschaft“.

Die Politik überließ dem Finanzkapital die Spielräume, seine Renditen immer weiter ansteigen zu lassen und als Gegenleistung verhalf man den solchermaßen willigen Politikern nicht nur zur Macht, man versucht natürlich auch den Macherhalt des ganzen Systems zu gewährleisten, dem man den immensen Renditesegen der vergangenen Jahrzehnte verdankt. So profitieren die beiden Gestaltungskräfte also vom Macherhalt auf Gegenseitigkeit.

Das Volk, von dem in einer Demokratie eigentlich die Macht ausgehen sollte, hat dabei offensichtlich nichts mehr zu sagen. Obwohl es regelmäßig zur Wahl antreten darf? Komisch ist nur, daß sich an diesen demokratischen Wahlen immer weniger Menschen beteiligen. Weil es ihnen so gut geht? Weil sie ohnehin nichts ändern können? Die Frage

ist so delikat, daß die Meinungsforscher sich nicht trauen, sie zu stellen und zu beantworten.

Ob sich an dieser Einstellung der Konsumbürger etwas ändern wird, wenn es mit dem materiellen Wohlstand weiterhin oder sogar noch schneller als bisher bergab geht? Es ist gut, daß diese Frage nicht nur von den narkotisierten Deutschen beantwortet wird.

Der ökonomische Niedergang wird alle Völker der Welt treffen.

© www.hpatzak.de 07.04.2008